Wohnen in der Klimakrise



Wohnen gehört zu den grundlegenden Bedürfnissen eines Menschen. Momentan erleben wir in Deutschland allerdings eine Mietenkrise mit stark steigenden Wohnnebenkosten und Mieten vor allem in den Städten. Für einen sozial-ökologischen Umbau ist zudem der Umbau im Wohnbereich auf erneuerbare Energien zentral, der die Frage nach der Verteilung der Kosten aufwirft. Beim Thema Wohnen treffen somit die ökologische und die soziale Frage aufeinander.

Im Wohnen zeichnet sich eine zentrale Schnittstelle der Klimakrise und der sozialen Ungleichheit ab. Die Mieten steigen kontinuierlich, während viele Einkommen nicht im gleichen Maße wachsen. Dies führt dazu, dass insbesondere einkommensarme Haushalte einen immer größeren Anteil ihres Einkommens für Wohnen aufbringen müssen. Obwohl Menschen aus einkommensarmen Haushalten absolut gesehen beim Wohnen weniger CO2 verbrauchen, weil sie auf weniger Fläche leben, verbrauchen sie oft pro Quadratmeter mehr Energie. Dies liegt an schlecht isolierten Wohnungen, was dazu führt, dass diese Menschen oft verhältnismäßig hohe Energiekosten zu tragen haben. Das Leben in schlechten Wohnverhältnissen hat neben hohen Energiekosten, die in der Energiearmut enden können, zusätzlich zur Folge, dass ärmere Menschen in heißen Sommern stärker von der Hitze betroffen sind und in kalten Wintern frieren müssen. Nichtheizen und fehlendes Lüften kann wiederum Schimmel zur Folge haben. Die Auswirkungen einer schlecht isolierten Wohnung sind enorm. Einkommensarme Menschen leiden also am meisten sowohl unter der Mietenkrise als auch unter den Folgen der Klimakrise.

Wohnen ist zudem einer der entscheidenden Bereiche im Klimaschutz: Studien zeigen, dass der Gebäudesektor für fast 1/3 aller Treibhausgase verantwortlich ist. Daher bietet der Gebäudesektor auch großes Potenzial für die Minderung des Ausstoßes klimaschädlicher Gase (Emissionsminderung). Für den Klimaschutz ist es also entscheidend, dass Gebäudesanierungen und die Wärmewende, also die Umstellung von Heizen und Warmwasser im Sinne der Klimaneutralität, im großen Stil unternommen werden müssen. Es gibt immer mehr staatliche Förderprogramme, die diese Prozesse vorantreiben sollen. In der Praxis zeigt sich, dass diese jedoch nicht die einkommensschwächeren Menschen, die meist in Mietverhältnissen wohnen, unterstützen, sondern überproportional von einkommensstarken Haushalten genutzt werden. Auch das führt zur Verschärfung sozialer Ungleichheit. Ein Beispiel hierfür ist das Gesetz der Modernisierungsumlage nach § 559 BGB, wodurch entstehende Modernisierungskosten zum Teil auf die Mietenden umgelegt werden können. Durch solche Umlagen steigen Mieten dauerhaft – auch nachdem die Sanierungskosten schon abbezahlt sind. Vermietende könnten zwar für die Kostendeckung der Sanierungen Fördermittel beantragen, welches zur Folge hätte, dass die Mietsteigerungen geringer wären. Für Vermietende kann es allerdings wirtschaftlich attraktiver sein, auf Förderprogramme zu

verzichten, da die Fördermittel von den Kosten, die auf die Miete umgelagert werden können, abgezogen werden müssen und somit weniger dauerhafte Mietsteigerung möglich wird. Insgesamt haben Mietende hier keinen Einfluss auf den sozial-ökologischen Umbau des Wohnungsbestandes und tragen dabei nicht nur teilweise die Kosten, sondern sind am Ende häufig auch dauerhaft erhöhten Mieten ausgesetzt, an denen sich Vermietende bereichern.

Wenn also die Maßnahmen für die Bekämpfung der Klimakrise im Bereich Wohnen ohne ernsthafte Berücksichtigung sozialer Fragen beschlossen und umgesetzt werden, führt das zur Verschärfung der Mietenkrise. Eine Folge davon ist, dass u.a. die Akzeptanz für klimapolitische Maßnahmen wie Gebäudesanierungen und die Wärmeenergiewende sinkt. Es braucht daher dringend Maßnahmen, die diese Transformation sozialverträglicher vorantreibt, ohne die bestehenden Ungleichheiten weiter zu verschärfen.

Die Soziale Arbeit kann hier ihre Adressat*innen unterstützen, indem sie sie in Fragen des Mietrechts unterstützt. Es gibt rechtlichen Schutz für Mieter*innen, jedoch zeigt sich die Durchsetzung dieser Rechte als schwierig, da es schlichtweg an Wissen darüber fehlt und die Angst auf Seiten der Mietenden zu groß ist, eine Mietkündigung zu bekommen. Hier kann Soziale Arbeit in der fallbezogenen Beratung ansetzen. Zugleich ist es wichtig, die Zusammenhänge zu kennen und sich für die Interessen der Adressat*innen und eine soziale Gestaltung der Transformation des Wohnraums einzusetzen.

Literaturverzeichnis

- Braungardt, Sibylle; Johanna Cludius, Tanja Kenkmann, Katja Schumacher, Malte bei der Wieden & Öko-Institut e.V. (2024). *Sozialgerechte Förderung für energetische Sanierungen*. Freiburg: Öko-Institut e.V. https://www.oeko.de/publikation/sozialgerechte-foerderung-fuer-energetische-sanierungen-im-mietwohnbereich/, abgerufen am 22.06.2026.
- Kenkmann, Tanja; Johanna Cludius, Katja Hünecke, Katja Schumacher, Immanuel Stieß, Thomas Friedrich, Luca Nitschke, Luca Raschewski, Simon Meemken & Ann-Cathrin Beermann (2024). *Soziale Aspekte von Umweltpolitik im Bedürfnisfeld Wohnen. Status quo: Gesellschaftliche Trends und bestehendes Instrumentarium*. Texte 44/2024. Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt. https://www.umweltbundesamt.de/system/files/medien/11850/publikationen/44_2024_texte_soziale_aspekten.pdf, abgerufen am 22.06.2026.
- Knopf, Brigitte; Ines Verspohl, Astrid Schaffert & Marie-Louise Zeller (2024). *Eine sozial gerechte und klimaneutrale Zukunft sichern. 11 Thesen für eine Klimasozialpolitik*. Berlin: Zukunft KlimaSozial. https://zukunft-klimasozial.de/wp-content/uploads/2024/06/Zukunft-KlimaSozial_11-Thesen-fuer-eine-Klimasozialpolitik.pdf, abgerufen am 22.06.2026.
- Kuhn, Armin (2023). „Klimagerechte Nachbarschaften. Vorschlag für eine ökologische Klassenpolitik beim Wohnen“. In *LUXEMBURG – Gesellschaftsanalyse und linke Praxis*. 28. März. https://www.zeitschrift-luxemburg.de/artikel/klimagerechte-nachbarschaften, abgerufen am 22.06.2026.
- Mellwig, Peter (2024). *Klimaschutz in Mietwohnungen: Modernisierungskosten fair verteilen. Kurzstudie zur Weiterentwicklung und Aktualisierung des “Drittelmodells”.* Berlin: Deutscher Mieterbund, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND). https://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/energiewende/klimaschutz-in-mietwohnungen-studie-bund-2024.pdf, abgerufen am 22.06.2026.
- Rehm, Miriam (2025). „Warum wir Klima- und Verteilungspolitik zusammendenken müssen“. In *WSI-Mitteilungen*, 78/6, 414. https://doi.org/10.5771/0342-300X-2025-6-414.